

Margit Conrad

**Grußwort anlässlich der Fachtagung „Freiwilligensurvey und Engagementpolitik der Länder – Empirische Befunde, politische Konsequenzen, Forschungsbedarfe“
durch Margit Conrad, Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund
und für Europa, Staatsministerin**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich außerordentlich, Sie zu dieser Mittagsstunde als Hausherrin in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz recht herzlich begrüßen zu dürfen. Ich denke, es ist ein sehr gutes und wichtiges Signal, dass das Thema der heutigen Tagung – der Zusammenhang von Engagementforschung und Engagementpolitik – von den Ländern gemeinsam in Angriff genommen wurde. Baden-Württemberg, Brandenburg, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz haben gemeinsam mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement die Initiative ergriffen, um einen Diskussionsrahmen zu stiften, der sowohl Konsequenzen für die Weiterentwicklung der Engagementförderung in den Ländern, als auch die Formulierung forschungspolitischer Interessen ermöglicht. In Anbetracht der derzeitigen Vorbereitungen für die nächste und damit 4. Welle des Freiwilligensurveys scheint dies besonders dringlich. Wir sind deshalb sehr froh, dass neben den zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern der Länder, Akteuren aus Wissenschaft und Forschung sowie aus den zivilgesellschaftlichen Organisationen, auch die Auftraggeber des Freiwilligensurveys aus dem Bundesfamilienministerium sowie das durchführende Institut, das Deutsche Zentralinstitut für Altersfragen (DZA), heute anwesend sind. Ich heiße Sie besonders herzlich willkommen.

Im Bereich der Engagement- und Demokratieförderung haben die Länder – als die föderale Instanz zwischen der Lebens- und Alltagswelt der Bürgerinnen und Bürger im kommunalen Raum und der den übergeordneten, rechtlichen Rahmen bildenden Ebene des Bundes – eine herausgehobene Bedeutung. Das liegt einerseits daran, dass den Ländern in so wichtigen Bereichen wie beispielsweise der Schule, der Kultur oder den Kommunalverfassungen, Gesetzgebungskompetenz zukommt und sie von daher ganz entscheidend an der Gestaltung von Rahmenbedingungen für Mitgestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger beteiligt sind. Außerdem sind die Länder für den Vollzug der Bundesgesetze zuständig. Darüber hinaus sind es Landes- und Kommunalbehörden, die die bundesrechtlichen Vorgaben vollzugstauglich und bürgerfreundlich umsetzen müssen.

Jenseits dieser rechtlichen Rahmensetzung haben die landesbezogenen Förderkonzepte und -instrumente zur Entfaltung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten auf allen gesellschaftlichen Ebenen eine impulsgebende und aktivierende Funktion. Zwar sind Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement immer konkret und finden in der Gemeinde vor Ort z.B. im Stadtteil, in der Schule, im Sportverein, der Feuerwehr oder der Selbsthilfegruppe statt. Jedes Engagement ist aber zugleich an strukturelle Voraussetzungen gebunden, die gestaltet werden können und müssen. Hierbei haben die Länder in den vergangenen 10 bis 15 Jahren vielfältige neue Wege beschritten und Strategien entwickelt. Sie haben dabei der Engagementförderung, als einem wichtigen landespolitischen Querschnittsbereich, überhaupt erst Konturen gegeben.

Sehr gern waren wir daher bereit, uns an der Planung und Gestaltung der heutigen Tagung zu beteiligen. Denn: Der Landesregierung von Rheinland-Pfalz ist es seit vielen Jahren ein besonderes Anliegen, das Ehrenamt und bürgerschaftliche Engagement in unserem Land nach Kräften zu unterstützen. Unter dem maßgeblichen Einfluss des Ministerpräsidenten Kurt Beck ist die Engagementförderung zu einem eigenen politischen Handlungsfeld geworden. Das war und ist alles andere als selbstverständlich. Die Unterstützung des Ehrenamtes gehörte zwar immer irgendwie dazu, sie stand bis dato aber nie oder nur selten im Zentrum des politischen Handelns von Ressorts und Ministerien. Dass sich hier ein erkennbar eigenständiger Bereich politischer Bemühungen entwickelt und stabilisiert hat, ist ein bedeutender Schritt.

Sicherlich gib es noch viel zu tun, trotzdem können wir mit einigem Stolz darauf zurückblicken, dass es gelungen ist, die Engagementförderung nicht nur zur „Chefsache“ zu deklarieren, sondern die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für das Ehrenamt in unserem Land erheblich zu verbessern.

Dies drückt sich in vielen Programmen und Projekten aus, die wir in jedem Ressort und jedem Ministerium finden können und auf die ich im Einzelnen aber nicht eingehen kann. Jenseits der bereichsbezogenen Förderungen konnten wir jedoch auch – und dies ist besonders wichtig – bereichsübergreifende und querschnittig angelegte Unterstützungsleistungen aufbauen und stabilisieren.

Vieles ist hier bereits erreicht. So ist es gelungen, den Versicherungsschutz für Engagierte zu verbessern und Informations- und Beratungsleistungen auszubauen. Die Anerkennungskultur wird in Rheinland-Pfalz besonders groß geschrieben. Dabei sind der jährlich stattfindende „Landesweite Ehrenamtstag“ sowie die gemeinsam mit dem SWR-Fernsehen realisierte Fernsehsendung „Ehrensache“ besondere Höhepunkte. Mit dem Engagement- und Kompetenznachweis wurde ein Instrument geschaffen, das nicht nur Anerkennung für geleistetes Engagement zum Ausdruck bringt, sondern auch bei der Bewerbung um einen Ausbildungs-, Studien- oder Arbeitsplatz hilfreich sein kann. Der von

Ministerpräsident Beck vergebene „Brückenpreis“ stellt die gesellschaftlichen Integrationspotenziale des bürgerschaftlichen Engagements in den Mittelpunkt.

Mit landesweiten Fachveranstaltungen – wie etwa zu den Themen Migration und Integration, dem gesellschaftlichen Engagement von Unternehmen, der Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement in Schulen und Kindertagesstätten – greifen wir wichtige gesellschaftliche Debatten auf und bemühen uns darum, die Potenziale des Bürgerengagements für die Gestaltung wichtiger Herausforderungen der Gesellschaft auszuloten und hierfür neue Impulse der Engagementförderung zu setzen.

All dies sind keine Schaufensterveranstaltungen. Wir verstehen sie als ernsthafte Gelegenheiten, um über tragfähige Zukunftsmodelle, in denen bürgerschaftliches Engagement eine stärkere Rolle als bislang spielen soll, zu diskutieren. Dabei ist es inzwischen zu einer guten Tradition geworden, diese Dialoge in Kooperation mit Partnern durchzuführen. So wie wir es bei der heutigen Tagung praktizieren. Diese Bereitschaft und Offenheit für Kooperation und Partnerschaft ist, wie ich finde, selbst ein Ausdruck für das wachsende Bewusstsein, für die Rolle und Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement und die Notwendigkeit, gemeinsam mit Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft nach Lösungen für die Bewältigung von Aufgaben und Herausforderungen unserer Gesellschaft zu suchen.

Es ist daher kein Zufall, dass wir die Förderung von Ehrenamt und freiwilligem Engagement verstärkt im Kontext der Weiterentwicklung unserer Demokratie verorten und konzeptionell mit der Stärkung von Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung verbinden.

Für all unsere Bemühungen – dies gilt für Rheinland-Pfalz wie für die anderen Länder – benötigen wir wissenschaftliche Erkenntnisse und Hinweise, um das Feld der Engagementpolitik sinnvoll und zielgerichtet entwickeln zu können. Der Freiwilligensurvey ist eine bundesweite Repräsentativbefragung. Seine Analysen zum tatsächlichen Engagement der Bürgerinnen und Bürger, zu den Engagementpotenzialen, den Motiven der Engagierten, den organisatorischen Rahmungen sowie insbesondere zu den Veränderungs- und Verbesserungswünschen in Bezug auf zivilgesellschaftliche Organisationen und die staatliche Ebene, liefern uns seit 1999 wichtige Grundlagen. In Auswertung und Anlehnung an die landesspezifischen Ergebnisse haben wir Konsequenzen gezogen und neue Wege der Engagementförderung eingeleitet. Der Survey ist für uns eine wichtige Grundlage zur Dauerbeobachtung des Feldes, für die Überprüfung der Zielrichtung unserer Programme und Bemühungen und er ist ein zentraler Hinweisgeber auf Veränderungen und Entwicklungsbedarfe.

Es liegt im wohlverstandenen Eigeninteresse der Länder, dass der Freiwilligensurvey als repräsentative Bevölkerungsbefragung zu bürgerschaftlichem Engagement, Freiwilligenarbeit und Ehrenamt fortgeschrieben wird. Wir sind dem Bundesfamilienministerium daher sehr dankbar, dass es nach 1999, 2004 und 2009 im Jahr 2014 die vierte Welle des Surveys geben wird. Somit bleibt die begonnene

Dauerbeobachtung des Feldes gesichert. Uns ist durchaus bewusst, dass dies in Zeiten der Schuldenbremse alles andere als selbstverständlich ist.

Für uns als Länder, ebenso wie für die vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen und natürlich die breite Öffentlichkeit, ist es dabei entscheidend, dass diese nächste Untersuchung so angelegt und durchgeführt wird, dass die erhobenen Daten vergleichbar bleiben. Bei allen notwendigen konzeptionellen Veränderungen – die Länder verfolgen beispielsweise inhaltliche und konzeptionelle Vorstellungen und Interessen, die insbesondere in den noch stattfindenden Arbeitsgruppen vertieft werden – ist der Erhalt der Kontinuität und Vergleichbarkeit ein zentrales Anliegen, das wir mit der heutigen Tagung deutlich zum Ausdruck bringen möchten. Nur auf diese Weise können wir Entwicklungen und Veränderungen im bürgerschaftlichen Engagement auf Basis valider, wissenschaftlicher Daten nachvollziehen und angemessen darauf reagieren.

Mit der heutigen Tagung suchen wir daher in besonderer Weise den Dialog. Den Dialog zwischen uns Ländern, um aus den vorliegenden Befunden Konsequenzen für unser politisches Handeln abzuleiten; den Dialog mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, um ihre Anliegen und Perspektiven hierbei besser aufzunehmen; sowie nicht zuletzt den Dialog mit den Verantwortungsträgern im Bereich der Engagementpolitik der Bundesregierung und den Wissenschaftlern und Forschern, die sich in diesem Feld besonders engagieren. Es ist unser Ziel und Anliegen, gemeinsam Interessen zu formulieren und Impulse für die Vorbereitung der nächsten Untersuchungswelle des Freiwilligensurveys zu setzen.

Natürlich wissen wir, dass die Vorbereitungen für die 4. Studie bereits in vollem Gange sind. Wir wissen, dass es Veränderungen in der Konstellation der Durchführung gibt. Und wir wissen auch, dass die Vorstellungen und Interessen der unterschiedlichen Stakeholder in diesem Feld nicht unbedingt deckungsgleich sind. So gab es in den vergangenen Monaten durchaus Irritationen. Aufgrund mangelnder Informationen haben sich bisweilen Befürchtungen, auch auf Ebene der Länder, ausgebreitet, wie es denn überhaupt weitergehen wird.

Uns ist durchaus bewusst, dass nicht sämtliche Erwartungen und forschungspolitische Interessen mit dem Survey bedient werden können. Neben der Bevölkerungsbefragung gibt es derzeit auch einige laufende Untersuchungen, die sich stärker auf die Ebene der Organisationen, auf verschiedene Zielgruppen und Milieus konzentrieren. Uns ist sicherlich klar, dass es jenseits des Surveys weiterer Studien und Untersuchungen bedarf. Gleichwohl ist und bleibt es richtig und wichtig, dass der offene und ehrliche Austausch und Dialog im Vorfeld einer so wichtigen Untersuchung – wie dem Freiwilligensurvey – nicht nur unersetzlich, sondern auch ein zentraler Faktor für den Erfolg der Untersuchung ist. Mit der heutigen Tagung wollen wir hierzu einen Beitrag leisten.

Bei einer ernsthaften Diskussion von Länderergebnissen ist es natürlich schwierig, sich im Rahmen einer eintägigen Veranstaltung mit Einzelergebnissen aller 16 Länder ausführlich zu

befassen. Daher finde ich es sehr sinnvoll, sich auf thematische Schwerpunkte zu verständigen, so wie es die Veranstalter im Vorfeld getan haben. Mit den vier Themenschwerpunkten, die in den folgenden Arbeitsgruppen gesetzt wurden, greifen wir Bereiche und Felder auf, die für die Politik auf Landesebene zentrale Bedeutung haben.

So ist es wichtig, mehr über die organisatorischen Rahmungen und Kontexte des Engagements, die sichtbar werdenden Veränderungen und die bestehenden Entwicklungsbedarfe zu erfahren. Ich freue mich sehr, dass wir hierfür, mit Herrn Dr. Eckhard Priller vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und Herrn Prof. Dr. Sebastian Braun von der Humboldt-Universität zu Berlin, zwei ausgewiesene Experten gewinnen konnten. Die Fragen, wie Bereitschaft und Motivation zu ehrenamtlichem Engagement und gesellschaftlicher Partizipation entstehen, welche Kompetenzen im Engagement erworben werden und welche Rolle die Institution unseres Bildungs- und Erziehungssystems hierbei spielt, ist eine weitere Schlüsselfrage im Bereich der Engagementpolitik. Frau Sybille Picot, die als Sozialforscherin den Freiwilligensurvey seit der ersten Welle 1999 begleitet hat, wird länderbezogene Ergebnisse ihrer Analysen im Jugendbereich vorstellen. Kommentiert wird dies von Frau Prof. Dr. Gisela Jakob. Die Entwicklung engagementfördernder Infrastrukturen – wie beispielsweise Ehrenamtsbörsen und Freiwilligenagenturen – ist eine wichtige Aufgabe für die Länder. Diese Strukturen sowie die Zusammenhänge und Übergänge zwischen Erwerbsarbeit und freiwilligem Engagement in den Blick zu nehmen, ist das Anliegen der dritten Arbeitsgruppe. Mit Frau Prof. Dr. Annette Zimmer von der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster und Herrn Prof. Dr. Thomas Olk, Professor an der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg und zugleich Vorsitzender des Sprecherrates des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, werden sich hierzu zwei ausgewiesene Experten zu Wort melden. Schließlich sind die Entwicklungen in den ländlichen Räumen und die Frage, welche Rolle das bürgerschaftliche Engagement angesichts des demographischen Wandels spielen kann, eines der wichtigsten Anliegen der Länder. Ich freue mich sehr, dass Herr Prof. Dr. Thomas Klie vom Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklungen der Evangelischen Hochschule in Freiburg sowie Herr Olaf Ebert von der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen in Sachsen-Anhalt uns heute mit ihrer Expertise zur Verfügung stehen. Die Ergebnisse der Diskussion in diesen Arbeitsgruppen sollen bereits in der abschließenden Podiumsdiskussion gemeinsam mit den Vertretern von Bund, Ländern, Wissenschaft und Zivilgesellschaft aufgegriffen und mit Blick auf den kommenden Freiwilligensurvey fruchtbar gemacht werden. Ich hoffe und wünsche mir, dass wir gemeinsam diesbezüglich ein gutes Stück vorankommen.

Für den weiteren Verlauf der Tagung wünsche ich Ihnen ertragreiche Diskussionen und viel Erfolg. Haben Sie dabei eine angenehme Zeit in den Landesvertretungen Rheinland-Pfalz und Niedersachsen.